

Klimaschutzbeschlüsse brauchen ehrliche Ansprache von Kosten und Lasten

von Gerd Eisenbeiß , 26. Juli 2019

Der erfreuliche Aufbruch der Bundesregierung zu wirksamen Klimaschutz-Beschlüssen wird schon wieder von Unwahrhaftigkeit begleitet: mehrere Regierungsmitglieder aus beiden Parteien betonen, dass es für die Menschen nicht teurer werden solle; da, wo Energie notwendigerweise mehr kosten werde, wolle man aus den CO₂-Steuereinnahmen kompensieren, so dass ärmere, wenig klimabelastende Haushalte sogar ein Plus bekommen könnten.

Die Unwahrhaftigkeit liegt darin, dass gerade im Erfolgsfall von Klimaschutz durch CO₂-Bepreisung die entsprechenden Steuererlöse abnehmen und bis 2050 plangerecht verschwunden sein werden:

Wo es kein CO₂ mehr gibt, gibt es keine CO₂-Steuereinnahmen!

Nun mag man einwenden, dass eine ganze Reihe von Klimaschutzmaßnahmen sogar Geld sparen, also schon ohne CO₂-Preis wirtschaftlich sind. In diesen Fällen bewirkt die CO₂-Bepreisung „nur“ einen Schups, dass diese Maßnahmen auch ergriffen werden.

Viele, ja die meisten Klimaschutzmaßnahmen werden aber Güter und Dienstleistungen verteuern; diese Maßnahmen brauchen die Vertéuerung fossiler Energien, um wirtschaftlich attraktiv zu werden. So wird es sicher nachhaltig teurer, in warmen Wohnungen zu leben, wenn die Wärmedämmungen wesentlich erhöht werden müssen und eventuelle Restenergie aus solaren Energiequellen kommen muss, die gerade im kalten Winter besonders wenig liefern.

Vielleicht wird sich unter der Wirkung hoher Öl- und Gaspreise auch eine überwiegend elektrische Heizung (direkt oder per Wärmepumpe) durchsetzen; auch dann wäre die Warmhaltung der Wohnungen und Gebäude sicher teurer als mittels Erdgas wie bisher.

Klimaengagierte Kreise werden einwenden, dass die fossilen Energieträger Gas und Öl doch immer teurer werden dürften. So könnte die Spannung zwischen einer dauerhaften Verteuerung für die Haushalte, die die Politik deutlich ansprechen sollte, sowie der nur anfangs möglichen Kompensation durch einen Klimabonus aus den Steuereinnahmen aufgehoben werden durch knappheitsbedingte Preiserhöhungen bei den fossilen Kohlenwasserstoffen. Diese wurden allerdings schon seit Jahrzehnten prognostiziert, sind aber auch für die nächsten Jahre nicht wahrscheinlich – im Gegenteil: wenn wirksamer Klimaschutz die Nachfrage nach Gas und Öl deutlich senkt, dürfte der weit über den jeweiligen Produktionskosten liegende Handelspreis dieser Energieträger ebenso deutlich sinken.

Ebenso gefährlich sind Aussagen von Politikern, niemandem werde es teurer werden (oder in Robert Habecks Version „nur wenigen werde es schlechter gehen“, in Peter Altmeiers oder Andreas Scheuers dümmlicheren Version „keiner dürfe netto belastet werden“). Es sind ja nicht nur die höheren Energiekosten, sondern die vielen vorzeitigen Abschreibungen von Industrieanlagen, deren Produkte nicht mehr zum Klimaschutz passen, z.B. Verbrennungsmotoren, SUVs, Heizungsanlagen auf Öl- und Gasbasis, und die Anlagen der jeweiligen Zulieferindustrie bis in die Großchemie und den handwerklichen Mittelstand.

Bei allem Verständnis dafür, dass die Politik versucht möglichst große Akzeptanz für wirksame Klimaschutzmaßnahmen zu sichern, ist es doch immer wieder ein Fehler, dies durch unvollständige Aufklärung zu versuchen:

Klimaschutz wird materiellen Lebensstandard kosten,

um die Qualität des Lebens auf Erden zu sichern.

Auch eine bessere Zukunft kostet Geld.

Das muss jedem klar sein!